



Regierungsratsbeschluss vom 20. November 2018

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;
Indirekter Gegenvorschlag zur Fair-Preis Initiative; Vernehmlassung

P181181

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF.

Begründung

Die Hochpreisinsel Schweiz stellt weiterhin ein akutes Problem für Konsumentinnen, KMU und für die gesamte Volkswirtschaft dar. Basel-Stadt als Grenzkanton ist besonders von diesen „Schweiz-Zuschlägen“ betroffen. Daher sieht der Regierungsrat in einer Revision des Kartellgesetzes einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sind im vorgelegten indirekten Gegenvorschlag inländische Sachverhalte ebenfalls zu erfassen und das Konzept der relativen Marktmacht sowohl auf Anbieter als auch auf Nachfrager anzuwenden. Deshalb fordert der Regierungsrat eine Anpassung der Vorlage des Bundes im Sinne der parlamentarischen Initiative von Hans Altherr.

